



Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



Enquetekommission Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt

Standpunkte und Leitlinien der
AfD-Bundestagsfraktion



INHALT

Vorwort	2
Ansichten, Kommentare und Sondervoten der AfD-Bundestagsfraktion in der Enquetekommission	3
Grundsätzliches zur Kommissionsarbeit	5
Sondervoten und Kommentierungen	9
Vorschläge für die weitere Arbeit der Enquetekommission	19
Positionen und Forderungen der Vertreter der AfD-Bundestagsfraktion in der Enquete-Kommission »Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt«	21
Reden von Nicole Höchst zum Thema »Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt«	23
Informationen zur Arbeit der Enquetekommission »Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt«	25
Abgeordnete der AfD-Bundestagsfraktion der Enquetekommission »Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt«	25
Von der AfD-Bundestagsfraktion als Sachverständige in die Enquetekommission »Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt« berufene Experten	26

Was ist eigentlich eine Enquetekommission?

Enquetekommissionen werden vom Bundestag oder den Länderparlamenten eingesetzt, um umfangreiche und politisch bedeutsame technische und gesellschaftliche Sachkomplexe aufzuarbeiten. Ein fraktionsübergreifender Kreis dafür ausgewählter Abgeordneter untersucht während einer Legislaturperiode gemeinsam mit externen Sachverständigen intensiv alle Details und Zusammenhänge des Fokusthemas. Dieses geschieht in zahlreichen internen Arbeitsgruppen und in persönlichen Fachgesprächen. Mindestens einmal im Monat tagt die Gesamtkommission. Die Ergebnisse der Beratungen und Anhörungen dienen den Parlamenten als zusätzliche Expertisen im Gesetzgebungsverfahren.

Ziel der 2018 gegründeten Kommission »Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt« ist, für die Entwicklungsperspektiven der beruflichen Aus- und Weiterbildung in der künftigen Arbeitswelt konkrete Handlungsempfehlungen abzuleiten. Die Kommission setzt sich aus 19 Mitgliedern des Bundestages und 19 Sachverständigen aus Praxis, Verbänden und Wissenschaft zusammen.

Vorwort

Enquetekommission »Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt« Digitalisierung der Arbeitswelt – Chancen und Risiken

Die AfD-Bundestagsfraktion folgt den Leitgedanken des europäischen Humanismus und sieht den Menschen auch in der digitalen Zukunft im Mittelpunkt jeglicher Wertschöpfung. Die Vorstellung, dass eine autonom handelnde Maschine im Wertschöpfungsprozess mit dem Menschen interagiert, erzeugt bei vielen Bürgern Angst und Abneigung. Die Betrachtungsweise der Digitalisierung im Sinne einer erweiterten menschlichen Intelligenz schafft hingegen Gestaltungsspielräume. Die Digitalisierung immer weiterer Arbeits- und Lebensbereiche muss dabei stets im Rahmen unserer Gesetze, Werte und Normen erfolgen.

Wir sehen die dringende Notwendigkeit, die digitalen Kompetenzen in allen Bereichen von Bildung und Ausbildung zu verstärken und zu vertiefen, damit die jetzige Generation von Schülern, Lehrlingen und Studenten die erforderlichen Kenntnisse zur kommunikativen Sicherheit erwirbt, den kompetenten Einsatz digitaler Anwendungen im Netz beherrscht, konstruktiv mit den durch die Digitalisierung entstehenden Herausforderungen umgehen kann und in der Lage ist, die sich ergebenden Chancen zu nutzen. Eine zentrale Rolle kommt dabei den Lehrern und Ausbildern zu, die nicht lediglich als Moderatoren Lerninhalte zuweisen, sondern als pädagogisch prägende Persönlichkeiten Kinder und Jugendliche im Humboldt'schen Sinne fördern, fordern und dadurch bilden sollen.

Klein- und Kleinstbetrieben gehört unser besonderes Augenmerk, da sie junge Leute in ländliche Regionen binden, Heimat erhalten und einen Großteil der Ausbildung schultern. Diese Betriebe brauchen mehr Unterstützung; insbesondere bei der Berufsberatung und -orientierung und der Steigerung der Attraktivität von Ausbildungsberufen besteht noch Verbesserungsbedarf.

Was bedeutet aber Digitalisierung für die berufliche Bildung? Der maßvolle und pädagogisch-methodisch abgesicherte Einsatz digitaler Hilfsmittel ist notwendig und hilfreich, aber der Lehrer und der Ausbilder stehen im Mittelpunkt. Lehrer und Ausbilder agieren nicht als schlichte »Moderatoren«, sondern prägen die ihnen anvertrauten Lehrlinge fachlich und sozial durch ihre pädagogische Persönlichkeit. Wir befürworten die schrittweise, abgestufte Einführung digitaler Lern- und Lehrmethoden. Die Persönlichkeitsentwicklung des Menschen ist dabei zu berücksichtigen. Die Aus- und Weiterbildung im beruflichen Bereich muss durch eine bessere Infrastruktur und eine entsprechende Ausbildung des Lehrpersonals noch schneller auf die Anforderungen der Industrie 4.0 hin ausgerichtet werden. Gleichzeitig sollte sich Deutschland an den Gewinnern im Bereich der Digitalisierung ausrichten, um im internationalen Wettbewerb nicht noch weiter hinter die führenden Nationen zurückzufallen.

Auf den kommenden Seiten erläutern wir unsere Ansichten zur Digitalisierung in der beruflichen Bildung und stellen Ihnen unter anderem die Sondervoten vor, in denen wir abweichend von der Kommissionsmehrheit eigene Ansätze und Konzepte für eine zukunftsfähige berufliche Ausbildung in einer sich wandelnden und zusehends digitalisierten Arbeitswelt entwickelt haben.

Nicole Höchst, MdB

Obfrau in der Enquetekommission
Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt

Uwe Schulz, MdB

Ordentliches Mitglied in der Enquetekommission
Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt

ANSICHTEN, KOMMENTARE SONDERVOTEN DER AfD-BUNDESTAGSFRAKTION IN DER ENQUETEKOMMISSION »BERUFLICHE BILDUNG IN DER DIGITALEN ARBEITSWELT«



Als vom Bundestag eingesetztes Gremium befasst sich die Enquetekommission »Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt« mit Themen, die in den nächsten Jahren für die berufliche Bildung in Deutschland von entscheidender Bedeutung sein werden. Es geht darum, wie wir Jugendliche und junge Erwachsene auf ein Berufsleben mit zunehmend (durch)digitalisierten Tätigkeiten, Arbeitsabläufen und Fertigungsverfahren vorbereiten können und welche Anforderungen Schulen, Betriebe und Universitäten hierfür erfüllen müssen. Zusammen mit hochkarätigen Sachverständigen analysieren, diskutieren und bewerten Abgeordnete des Deutschen Bundestages die Chancen und Probleme der beruflichen Bildung in einer sich rasant wandelnden Arbeitswelt.

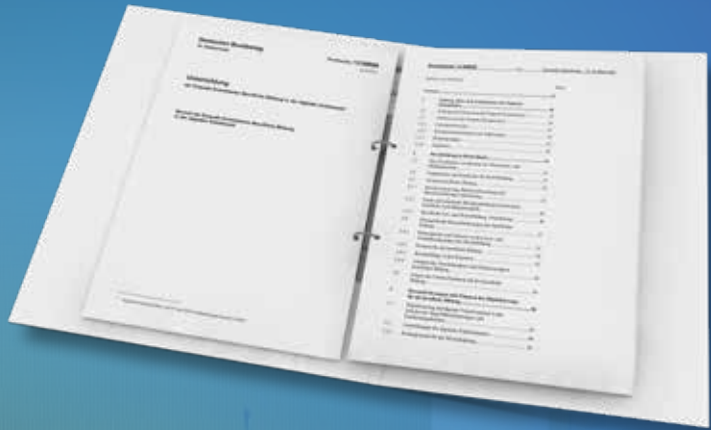
Seit der Konstituierung der Kommission am 27. September 2018 vertreten die Abgeordneten Nicole Höchst (Obfrau), Uwe Schulz, Uwe Witt (Stellvertretendes Mitglied) und Tobias Peterka (Stellvertretendes Mitglied) die AfD-Bundestagsfraktion in diesem Gremium des Bundestages. Unterstützt werden sie dabei von den Sachverständigen Helmut Seifen, MdL (AfD-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen) und Prof. Dr. Bernd Giezek (parteilos) sowie von Referenten der AfD-Bundestagsfraktion.

Die Enquetekommission soll untersuchen, wo und auf welche Weise die berufliche Bildung an die Anforderungen der digitalen Arbeitswelt angepasst werden muss und inwieweit die Stärken des bestehenden Systems dabei weiter ausgebaut und mögliche Zugangshürden abgebaut werden können. Besonders berücksichtigt werden sollen die Sicherung des Fachkräftebedarfs, angemessene Zugänge zu Bildungs- und Qualifizierungsangeboten sowie pflegerische, pädagogische und Sorgetätigkeiten. »Angemessene Zugänge« sind nach Auffassung der AfD-Bundestagsfraktion an bestimmte Leistungsanforderungen gebunden. Untere Leistungsstufen sollten zwar gut erreichbar sein, aber schon ein Einstieg in mittlere Niveauebenen kann durchaus eine Bewerberauswahl erforderlich machen. Es darf weder bei der dualen noch der akademischen Bildung zu

TARE UND

ESTAGSFRAKTION

WELT«



Bericht der Enquetekommission Bundestagsdrucksache 19/30950



<https://dserver.bundestag.de/btd/19/309/1930950.pdf>



einer Absenkung der Leistungsanforderungen kommen. Die Enquetekommission soll eine Strategie für die Weiterentwicklung der beruflichen Aus- und Weiterbildung formulieren und dabei aufzeigen, wie die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung in Zeiten des digitalen Wandels von Berufsbildern und Erwerbsbiografien gestärkt werden kann.

Interessierte Bürger können die Arbeit der Enquetekommission während der öffentlichen Anhörungen begleiten. In den nicht öffentlich tagenden Projektgruppen findet die Kernarbeit zu allen Themenkomplexen statt.

Die Zusammenarbeit mit den Vertretern der anderen Bundestagsfraktionen vollzieht sich in vielen Bereichen konsensorientiert. Die Vertreter der AfD-Bundestagsfrak-

tion in der Enquetekommission »Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt« bringen ihre Vorschläge und Expertisen ein. Weichen diese gänzlich oder teilweise von der Mehrheitsmeinung in der Kommission ab, erstellen die AfD-Abgeordneten entsprechende Sondervoten und Kommentierungen.

Die Enquetekommission leitet aus ihrer Arbeit schließlich Handlungsempfehlungen unter anderem für die politischen Akteure ab und dokumentiert diese Empfehlungen und den Verlauf und die Ergebnisse ihrer Arbeit in einem Abschlussbericht, der im Sommer 2021 erschienen ist (Bundestagsdrucksache 19/30950). Auszüge aus diesem Bericht und die wichtigsten Ergebnisse der Kommissionsarbeit werden zusätzlich als Broschüre veröffentlicht.

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag leistet einen wichtigen Beitrag zur Arbeit der Enquetekommission »Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt«. Über die Links bzw. die QR-Codes ab Seite 23 können Sie alle Videos der öffentlichen Anhörungen sowie weitere Dokumente abrufen.

GRUNDSÄTZLICHES ZUR KOMMISSIONSARBEIT DER AfD-FRAKTIONSMITGLIEDER

In der beruflichen Bildung darf nicht die Technik den Menschen und das Lernen beherrschen, sondern die Digitalisierung bleibt Mittel zum Zweck und elementares Hilfsmittel. Wir betonen daher: Versierte Lehrer und Ausbilder müssen auch zukünftig im Mittelpunkt des Lernprozesses stehen und dürfen nicht lediglich als didaktische Moderatoren agieren. Wir stützen uns bei dieser Forderung auch auf die Forschungsergebnisse des Bildungsforscher John A. C. Hattie, die er 2009 in seiner Metastudie »Visible Learning: A Synthesis of Over 800 Meta-Analyses Relating to Achievement« veröffentlichte.

Die AfD-Bundestagsfraktion steht für eine aktive und kreative Gestaltung der noch bevorstehenden und bereits stattfindenden Umbrüche in einer zunehmend digitalisierten Berufswelt im Rahmen der in Deutschland geltenden Gesetze, Werte und Normen.

Die Vorstellung, dass eine »Maschine« – sei es als Roboter, als automatisierte Fertigungsanlage, als umfassende Digitalisierung vielschichtiger Arbeitsabläufe oder als Produkte mit künstlicher Intelligenz – zukünftig Arbeitsprozesse in den Unternehmen möglicherweise komplett verrichtet, ruft bei den Belegschaften nicht selten Angst und Abneigung hervor. Die Betrachtungsweise im Sinne einer erweiterten Intelligenz schafft hingegen neue Gestaltungsspielräume: So profitieren Ärzte schon heute bei der Diagnosefindung von algorithmisch erweiterten Fähigkeiten der entsprechenden Geräte. Selbstlernende Software kann, zum Beispiel bei den bildgebenden Verfahren wie MRT und CT, oft schneller diagnostizieren, in einigen Fällen auch präziser, als medizinische Fachkräfte. Die zunehmende Technisierung dient dem Menschen durch multiple Hilfen für den Alltag. Der Mensch muss in der digitalen Zukunft jedoch auch weiterhin im Mittelpunkt der Wertschöpfung stehen.



Die AfD-Bundestagsfraktion setzt sich für die Stärkung und Vertiefung der digitalen Kompetenzen in allen Bereichen von Bildung ein, damit die jetzige Generation von Schülern und Lehrlingen die erforderlichen Kenntnisse zur kommunikativen Sicherheit erwirbt, den kompetenten Einsatz digitaler Anwendungen im Netz beherrscht und konstruktiv mit den durch die Digitalisierung entstehenden Herausforderungen umgehen kann. Dies eröffnet Berufstätigen, Lehrlingen, Schülern und Studenten Möglichkeiten einer erfolgreichen »Vernetzung«.



Klein- und Kleinstbetriebe sind eine feste Ankergröße, da sie junge Leute an ländliche Regionen binden und ihnen Heimat bieten. Diese Betriebe, die einen Großteil der jungen Menschen ausbilden, brauchen mehr Unterstützung statt Bürokratie und zusätzliche Zwänge! Insbesondere bei der Berufsberatung und -orientierung, im Bereich der steuerlichen Anreize, Bildungsberatung, Coaching und der Steigerung der Attraktivität von Ausbildungsberufen besteht dringender Verbesserungsbedarf.

Die Diskussion über die Auswirkungen einer durchgängigen »Digitalisierung« zahlreicher beruflicher und privater Lebensbereiche sollte vorurteilsfrei geführt werden. Eine begriffliche Klärung ist daher wichtig. Die AfD-Bundestagsfraktion möchte die Digitalisierung im Sinne einer erweiterten Intelligenz verstanden wissen, die jederzeit beherrschbar ist. Die durch Digitalisierung entstehenden neuen Arbeitsplätze werden (wahrscheinlich) nicht die durch die Digitalisierung verursachten Arbeitsplatzverluste ausgleichen. Die Furcht vieler Bürger vor radikalen beruflichen Umwälzungen, die mit der Digitalisierung einhergehen, und vor einem Kontrollverlust angesichts der Schnelligkeit, mit der die Digitalisierung voranschreitet, darf nicht bagatellisiert werden. Vielmehr brauchen wir einen schrittweisen Aufbau digitaler Kompetenzen, die die bisherigen in Ausbildung und Fortbildung vermittelten Fähigkeiten und Kenntnisse ergänzen.

Deutschland muss sich an den Besten ausrichten. In der Rangliste der Digitalisierer, siehe Digital Quality of Life Index 2020, Quelle: Statista, liegt Deutschland abgeschlagen auf Platz 16. Auch im Innovations-Ranking sieht es nicht besser aus; deutsche Großunternehmen fallen im Konkurrenzwettkampf weiter zurück (Quelle: Innovation Ranking 2019 – fueled by Advanced Patent Analytics, LexisNexis). Deutschland droht in der digitalen Welt den Anschluss zu verlieren. Hier muss die Politik zügig Impulse setzen, damit Deutschland wieder zu den digital führenden Nationen gehört.

Der Zugriff auf Datenräume und Datensammlungen im privaten Bereich eröffnet den Bürgern neue Perspektiven und Möglichkeiten. Für viele Menschen ist es alltägliches Ritual, sich virtuell, intuitiv und weitgehend vorurteils- und angstfrei der Möglichkeiten der digitalen sozialen Netzwerke, der Internet-Suchmaschinen und anderer Angebote des Internets zu bedienen. So sollte es auch im beruflichen Leben sein.

Maschinen verarbeiten Daten und Menschen kreieren aus diesen Daten nützliche Informationen und Innovationen.

Dort liegen die Kernkompetenzen der Zukunft, wie Prof. Dr. Boes, Direktor des Bayerischen Forschungsinstituts für Digitale Transformation, bereits 2017 ausführte.



<https://www.cssa-wiesbaden.de/innovative-praxis-2017/interview-mit-andreas-boes/>

Die berufliche Identität des Menschen muss neu gedacht und beschrieben werden. Entlang neuer Erfordernisse und Tätigkeitsbeschreibungen in der realen wie in der virtuellen Welt muss die berufliche Bildung weiter innoviert werden. Die AfD-Fraktion möchte daher alle Menschen bestärken, die digitalen Herausforderungen mutig anzunehmen.

Die junge Generation ist unsere Zukunft. Ihr muss frühzeitig vermittelt werden, dass sie neben der Kraft und den Möglichkeiten auch die Pflicht zur Gestaltung der Zukunft hat und dass sie gleichzeitig für alles, was sie initiiert, die Verantwortung trägt.

Die MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) spielen eine sehr wichtige Rolle. Hier muss Deutschland wieder den Anschluss an die Weltspitze finden. Etliche Betriebe beklagen mangelhafte Kenntnisse vieler Bewerber gerade in diesem Bereich. Führende Digitalisierungsstaaten machen die künftigen Generationen fit, indem sie sie zu besonderen Kraftanstrengungen gerade auch in den MINT-Fächern ermuntern. In Deutschland versuchen dagegen

viele im Bildungs- und Ausbildungsbereich verantwortliche Akteure, die »richtige« politisch-ideologische Haltung zu vermitteln. Dies will die AfD-Fraktion explizit nicht. Freie demokratische Geister schaffen Innovation und Fortschritt in der Welt, sicherlich nicht ideologisch gefesselte.

In den MINT-Fächern sollten bundeseinheitliche Standards gelten, damit Abschlüsse, auch zwischen den Bundesländern, besser vergleichbar werden. Transparenz im deutschen Bildungssystem schafft vor allem der Deutsche Qualifikationsrahmen (DQR). Um die landeseigenen Bildungsabschlüsse europaweit verständlich bzw. vergleichbar zu machen, wurde der europäische Qualifikationsrahmen (EQR) als Übersetzungsinstrument bzw. als Brücke zwischen verschiedenen nationalen Qualifikationsrahmen geschaffen.

Die AfD-Fraktion begrüßt die technikoffene Formulierung vieler Ausbildungsformen. Vermehrt werden auch weitere hybride, also berufliche und akademische Bildung verbindende Ausbildungsformen entstehen.

Die AfD-Fraktion lehnt Überbürokratisierung und Überregulierung ab. Sie hemmen massiv unsere Wettbewerbsfähigkeit.

Dem Lehrpersonal (Lehrer, Ausbilder, Berater) muss berufliche Fort- und Weiterbildung zur persönlichen Professionalisierung zugänglich sein. Wir möchten, dass Veränderungen schneller als bisher vorangetrieben werden. Berufliche Neuinhalte müssen dort, wo notwendig, in schnellere Neuordnungsverfahren integriert werden. Ein Berufe-Monitoring ist daher von zentraler Bedeutung. Ein beschleunigtes Verfahren kann zum Beispiel die Implementierung der sogenannten Digitalkompetenz in Bezug auf Daten und Informationen analog zu der im Zuge der Kompetenzorientierung eingeführten interkulturellen Kompetenz sein. Der Bund hat die Möglichkeit, in Berufen, in denen er selbst die Rahmenlehrpläne verantwortet, Veränderungen zeitnah und auch fast kostenneutral voranzubringen. So könnte zum Beispiel durch Veränderungen im Rahmenlehrplan der Finanzbeamten unser Steuersystem mittelfristig deutlich effizienter gestaltet werden.

Wir fordern, die unterdurchschnittlichen Bildungsausgaben in Deutschland generell deutlich zu erhöhen. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland laut Bildungsfinanzbericht 2019 mit vier Prozent des BIP am unteren Ende bei den Bildungsausgaben.

Bildquelle: Deutscher Bundestag / © Achim Melde



Studien bestätigen große Defizite im Bildungssystem, besonders hinsichtlich der Lernfortschritte während der Corona-Zeiten. Niederländische Schulen gelten als digitale Vorreiter. Doch selbst dort zeigt eine Studie, dass der Unterricht im Netz kaum Lernfortschritte bringt – besonders bei Kindern mit einem schwierigen sozialem Umfeld. Dies bestärkt die AfD-Bundestagsfraktion in ihrer Haltung, die Digitalisierung im Bildungsbereich nur als wichtiges Hilfsmittel zu sehen. Zu diesem und weiteren Themen, wie zum Beispiel zur Bedeutung des Präsenzunterrichts in Corona-Zeiten hat die AfD-Bundestagsfraktion am 30. Juni 2020 dem Deutschen Bundestag den Antrag »Qualitätspakt Schule – Humane und humanistische Bildung durch Schüler-Lehrer-Kontakt gewährleisten« zur Beschlussfassung vorgelegt.

Weitere wichtige Forderungen zur Stärkung der beruflichen Bildung finden Sie darüber hinaus auch im Antrag der AfD-Bundestagsfraktion »Zukunft für Deutschlands Wohlstand – Berufliche Bildung stärken«.



SONDERVOTEN UND KOMMENTIERUNGEN

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag und deren Sachverständige brachten Sondervoten und Kommentierungen in die Enquetekommission »Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt« ein, wenn wir der Mehrheitsmeinung in der Enquetekommission nicht oder nur teilweise folgen konnten. Bei den nachstehenden Themen vertraten wir eigene fachliche oder politische Standpunkte:

Grundsätzliches Sondervotum der Sachverständigen Helmut Seifen, Prof. Dr. Bernd Giezek sowie der AfD-Fraktion zur Rolle digitaler Medien im Prozess der beruflichen Bildung in Zeiten einer digitalisierten Arbeitswelt

Die Enquete-Kommission »Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt« hat bei ihren Untersuchungen die Digitalisierung ohne Vorbehalte als fortschreitenden Prozess begriffen und den Stellenwert, den Digitalisierungsprozesse für den Menschen haben, nicht festgelegt.

Die AfD-Fraktion legt Wert darauf, die Bedeutung der Digitalisierung im Bildungs- und Arbeitsprozess eindeutig zu verorten.

Die Digitalisierung betrifft nicht nur Arbeit und Produktion. Sie greift tief in Kultur, Bildung und persönliche Verhältnisse des Menschen ein. Deshalb ist es

auch wichtig, dass in Schulen, Berufsschulen und Universitäten der Umgang mit digitalen Medien erlernt wird, diese sinnvoll genutzt werden und die jungen Menschen durch Schulung und Anwendung von digitalen Medien vollumfänglich auf die Arbeitswelt vorbereitet werden. Darüber hinaus sind digitale Medien in den Schulen und Universitäten unverzichtbare Hilfsmittel für die schnelle Informationsbeschaffung, Informationsaufbereitung sowie für die Anschaulichkeit von Sachverhalten und für die Präsentation.

Festzuhalten bleibt aber, dass alle Bildungsprozesse, auch die in der beruflichen Bildung, ausschließlich auf analogen Kanälen erfolgen. Eine »digitale Bildung« gibt es ebenso wenig wie es »digitalen Unterricht« gibt. Unterrichtsprozesse, Lern- und Verstehensprozesse, der gesamte Bildungsprozess ist ein individueller und sozialer Prozess, der sich nicht technisieren, nicht digitalisieren lässt.¹ Deshalb sind alle Bestrebungen abzulehnen, auch den Unterricht selbst zu digitalisieren, die Erarbeitung von Wissen aus dem analogen Lernprozess herauszulösen, um die Lehrerpersönlichkeit durch das Medium zu ersetzen. Die digitalen Medien sind lediglich ein Werkzeug zur Materialbehandlung. Der Lehrer dagegen ist und bleibt die wichtigste Bezugsperson für alle Schüler. Die Lehrkräfte müssen weiterhin die Materialien zusammen mit den Schülerinnen und Schülern geistig aufnehmen, gliedern,



kategorisieren, bewerten und beurteilen, sprich: in den Verstehensprozess einsteigen und den Sinngehalt des Materials erschließen. Der komplexe Vorgang dieser geistigen Prozesse vollzieht sich immer noch analog, weil sich die natürlichen Vorgänge beim Lernen und Verstehen im Gehirn analog vollziehen. Dazu gehört das Gespräch über den Sachverhalt mit anderen Schülern und der Lehrkraft, dazu gehören eben unbedingt die gegenseitigen geistigen Anstöße, um zum tieferen Verstehen eines Phänomens zu gelangen. Entfällt diese Phase, dann bleibt der Nutzer digitaler Medien häufig nur in der Phase der Rezeption und Reproduktion stecken. So muss man feststellen, dass der Unterricht im eigentlichen Wortsinn erst in der Phase nach der Verwendung digitaler Medien beginnt.

Digitale Medien alleine verbessern also den Bildungsfortschritt nicht, sondern lassen ihn stagnieren oder verhindern ihn gar. Betrachtet man die vorliegenden Studien sowohl aus Deutschland als auch international, so stellt man fest, dass digi-

tales Medien die Noten der Schüler nicht verbessern, sondern die Noten der Schüler entweder verschlechtern oder keinen Einfluss haben.²

Wer als (Berufs)Schüler nicht richtig lesen, schreiben und rechnen kann, wer nicht umfassende sprachliche und mathematische Kenntnisse sowie zu wenig fundiertes Sachwissen in der Schulzeit erworben hat, wird sich auch in einer digitalen Arbeitswelt nicht zurechtfinden und sich in diese nicht eingliedern können. Für einen erfolgreichen Umgang mit digitalen Geräten genügt es eben nicht, den Kindern möglichst frühzeitig ein Tablet zur Verfügung zu stellen. Um diese richtig und effizient nutzen zu können, müssen die Gedächtnis- und Verstehensleistungen des Gehirns sehr gut trainiert und ausgebildet sein. Dieses Training kann nicht früh genug erfolgen und es kann nur auf analogem Weg durch die engen Beziehungen der Kinder zu den jeweiligen Bezugspersonen geschehen, also zu Eltern, Geschwistern, Erziehern und gleichaltrigen Kindern. Die frühe Begegnung des Kindes mit sprachlicher, mathematischer und sachlicher Angebots- und Anwendungsfülle ist der wahre Erfolgsschlüssel für die erfolgreiche Teilhabe auch in der digital bestimmten Berufs- und Freizeitwelt.

¹Ralf Lankau, Stellungnahme zum Antrag der FDP-Fraktion des Landtags NRW, Drucksache 16/10796 »Digitale Bildung und Medienkompetenz in den Schulen stärken.«, S. 2.

²Manfred Spitzer, Risiken und Nebenwirkungen digitaler Informationstechnik. Hessischer Landtag, 14.10.2016, Anhörung durch die Enquetekommission »Kein Kind zurücklassen....«. Siehe dort S. 2 mit zahlreichen Studien, in denen diese Entwicklung nachgewiesen wird.

Aus diesem Grunde sind es besonders die Kinder aus schwierigen sozialen Verhältnissen, die dann in der Schule dringend Lehrer brauchen, die mögliche Unvollkommenheiten bei diesen Grundqualifikationen kompensieren. Es bleibt unverständlich, dass diejenigen, die vorgeben, sich um diese Menschen besonders kümmern zu wollen, den Fakten nicht folgen. Denn gerade Kinder aus schwierigen Verhältnissen leiden häufig unter dem Mangel an persönlichen Beziehungen und an geistigen Anregungen. Auch der Medienkonsum bei diesen Kindern ist um ein Vielfaches höher als bei Kindern, die in anregenden Familienverhältnissen aufwachsen. Hier weisen zahlreiche Studien nach, wie sehr die geistige Entwicklung der Kinder vernachlässigt wird, die bereits in frühesten Kindheit viel Zeit vor dem Bildschirm verbringen. Diese Kinder zeigen in der Grundschule vermehrt Störungen bei der Sprachentwicklung und der Fähigkeit zur Konzentration und Aufmerksamkeit. Es gibt zahlreiche Befunde, die zeigen, dass Kinder, die zu früh mit digitalen Endgeräten versorgt werden, eine ganze Reihe von Eigenschaften einbüßen, die für erfolgreiche Lernprozesse notwendig sind, etwa Konzentrationsfähigkeit, Aufmerksamkeit, Fantasie, Kreativität, das Umgehen mit realen Situationen. Auch wenn Kinder es nicht glauben: Das Leben spielt sich in analogen Situationen ab und nicht in der digitalen Welt. Das heißt, wie Kinder Welt erfahren, wie sie die Konflikte, die in der Welt auf sie zukommen, lösen, verstehen und wahrnehmen, das ist eine Frage, die sich jenseits des Screens abspielt, jenseits der Welt, die sie auf ihren digitalen Endgeräten vorfinden.³ So wie der soziale Kontakt für die Entwicklung der Kleinkinder von entscheidender Bedeutung ist, so ist es später die enge Beziehung zur Lehrkraft.

Zahlreiche Studien weisen nach, dass die Lehrerpersönlichkeit, gut strukturierte Lernphasen und ein lernfördernder Umgang miteinander die relevanten Bausteine für gelingenden Unterricht und erfolgreiches Lernen sind.⁴ Fehlt der soziale Aspekt wie beim isolierten Arbeiten an Bildschirmarbeitsplätzen,

sind die Lernergebnisse negativ. Die AfD-Fraktion legt großen Wert darauf, festzustellen, dass sie das hinter manchen Digitalisierungsstrategien liegende technizistische, inhumane und ökonomistische Menschenbild ablehnt. Der Mensch darf nicht wie ein für den Arbeitsmarkt zu optimierendes Produkt betrachtet werden. Auch im Zeitalter der Digitalisierung müssen die Berufsschulen in erster Linie logisches Denken, Mathematik und Sprachen mit einem gründlichen Verständnis für Grammatik und Wortschatz vermitteln. Denn der effiziente Umgang mit digitalen Medien und der zielgerichtete Einsatz der Informationen aus dem Internet gelingen erst, wenn Wissen vorhanden ist. Wissen kann nicht durch Suchmaschinen ersetzt werden. Wissen ist Voraussetzung für den Umgang mit den Informationen aus dem Internet.⁵ Der Leiter der Telekom-Studie »Schule digital. Der Länderindikator 2015«, Wilfried Bos (Institut für Schulentwicklung IFS, TU Dortmund) weist auf den fehlenden Nutznachweis von Digitaltechnik im Unterricht hin: »Die Sonderauswertung hat auch gezeigt, dass Staaten, die in den letzten Jahren verstärkt in die Ausstattung der Schulen investiert haben, in den vergangenen zehn Jahren keine nennenswerten Verbesserungen der Schülerleistungen in den Bereichen Lesekompetenz, Mathematik oder Naturwissenschaften erzielen konnten. Die verstärkte Nutzung digitaler Medien führt offensichtlich nicht per se zu besseren Schülerleistungen. Vielmehr kommt es auf die Lehrperson an.«⁶

Das Arbeiten und Lernen am Bildschirm trainiert aber ausschließlich das Arbeiten und Lernen am Bildschirm. Es ist zu 100 Prozent Frontalunterricht und Instruktion per Algorithmus. Das Methodenspektrum des Lehrens wird technisch notwendig auf das technisch am Bildschirm Abbildbare reduziert. Lehrinhalte und Lernmethoden werden auf das technisch Realisierbare verkürzt. Nur was digital dargestellt und automatisiert abgeprüft werden kann, ist Lehrstoff für digitale Medien. Die Technik bestimmt die curricularen Inhalte und Methoden.⁷

³ Konrad Paul Liessmann, Anhörung zum Antrag der FDP-Fraktion des Landtags NRW als Drucksache 16/10796: »Digitale Bildung und Medienkompetenz in den Schulen stärken.«, Drucksache 16/1283, S. 5.

⁴ Ralf Lankau, Stellungnahme zum Antrag der FDP-Fraktion des Landtags NRW als Drucksache 16/10796: »Digitale Bildung und Medienkompetenz in den Schulen stärken.«, Drucksache 16/3764, S. 2.

⁵ Manfred Spitzer, Risiken und Nebenwirkungen digitaler Informationstechnik. Hessischer Landtag, 14.10.2016, Anhörung durch die Enquetekommission »Kein Kind zurücklassen...«, S. 5.

⁶ Ralf Lankau, Stellungnahme zum Antrag der FDP-Fraktion des Landtags NRW als Drucksache 16/10796: »Digitale Bildung und Medienkompetenz in den Schulen stärken.«, Drucksache 16/3764, S. 2.

⁷ Ebenda S. 3-4.

Darüber hinaus sind damit de facto digitale Lehrmittel und das sogenannte selbstorganisierte Lernen ein weiteres Selektionsmittel. Kinder und Jugendliche, die durch ein entsprechendes Umfeld, Förderung und Anleitung gelernt haben, eigenständig und selbstorganisiert mit Medien umzugehen, nutzen auch digitale Angebote zum Lernen und Vorbereiten. Kinder und Jugendliche, die diese Selbstständigkeit und Selbstorganisation aufgrund der fehlenden Förderung und Anleitung nicht gelernt haben, scheitern auch an digitalen Angeboten. Nur ist das Scheitern jetzt ihr eigenes Verschulden. Es delegiert das Schulversagen zurück an die Schülerinnen und Schüler, denn die – im Wortsinn: rein technischen – Lehrmittel stehen ja jedem gleichermaßen zur Verfügung. Wer sie nicht zu nutzen weiß, ist selbst dafür verantwortlich. Das ist perfide, gehört aber zum Selbstverständnis der »Neuen Lernkultur«, wo es formal als »Individualisierung und Freiheit des Lernens« propagiert wird.⁸

Dabei gilt: Bildschirmmedien werden schon jetzt zu Hause von fast allen Kindern genutzt. Aufgabe von Lehrkräften allerdings wird es zunehmend sein, Kindern und Jugendlichen alternative Lern- und Kommunikationsformen zu vermitteln.⁹ Und dazu gehört es auch, den Kindern und Jugendlichen Gelegenheiten und Anleitungen zu geben, ihre Kreativität und Empathie zu entwickeln sowie das soziale Miteinander und Rücksicht aufeinander zu lernen, nämlich Respekt vor dem Anderen, Offenheit, Toleranz und Neugier. Dies sind alles wichtige intellektuelle Fähigkeiten und Persönlichkeitsmerkmale, die durch das Lernen mit digitalen Medien nicht vermittelt werden können. Die Absolventen der Berufsschulen sollen sich als Person und Persönlichkeit einer Sozialgemeinschaft begreifen, die nur gemeinsam für eine demokratische und humane Zukunft sorgen kann.¹⁰

Rollenwandel der Lehrkräfte (Sachverständiger Helmut Seifen)

Nach Auffassung der Mehrheit der Enquete-Kommission vollzieht sich seit einigen Jahren ein Rollenwandel des Ausbildungspersonals. Dieser sei im Wesentlichen durch veränderte Anforderungen an das pädagogische Handeln – einer Abkehr von reiner Wissensvermittlung – hin zur Lernbegleitung, zum

Coaching oder zur Moderation – gekennzeichnet. Unser Sachverständiger Helmut Seifen folgte dieser Ansicht nicht und reichte hierzu ein Sondervotum ein: »Aktiver und von der Lehrperson gelenkter Unterricht ist erfolgreicher als ein Unterricht, bei dem die Lehrenden als Lernbegleiter nur indirekt in das Geschehen eingreifen und sich überwiegend überflüssig machen. Der Lehrer muss in allen Lernprozessen präsent sein. Denn das, was der Schüler lernt, ist davon abhängig, wie sehr es dem Lehrer gelingt, die Schüler in die Sinntiefe des Materials eindringen zu lassen. Das können die Schüler selten bis gar nicht alleine leisten. Erst durch die Beteiligung und Lenkung des Gesprächs- und Erläuterungsprozesses in der Problematisierungsphase wie in der Auswertung- und Sicherungsphase durch eine gemeinsame Plenumsarbeit können die Schülerinnen und Schüler den Lernprozess in der nötigen Tiefe durchlaufen und Sinngehalte erreichen. Diese Möglichkeit und die damit einhergehende Verantwortung muss bei der Lehrkraft verbleiben. Daher können wir nicht eine Formulierung mittragen, in der die Marginalisierung der Lehrkraft fälschlicherweise als feststehende wissenschaftliche Erkenntnis ausgegeben wird.«

Digitalkompetenz (Sachverständiger Prof. Dr. Bernd Giezek)

Unser Sachverständiger Prof. Dr. Bernd Giezek verdeutlichte am Beispiel der Finanzverwaltung, ein Bereich, der sich mit einer Vielzahl an Informationen beschäftigt, welche einfachen (in einem Bundesland bereits erprobten) Maßnahmen, die auch auf andere Berufe übertragen werden können, notwendig sind, um »Digitalkompetenz« aufzubauen. Die Mehrheit der Enquete-Mitglieder hielt das Beispiel leider für zu speziell, weshalb die Ansicht unseres Sachverständigen voraussichtlich als Sondervotum eingebracht wird: »So besonders das Beispiel wirken mag, handelt es sich beim systematischen Auswerten riesiger Informationsmengen um eine Basiskompetenz, die heutzutage in fast allen (akademischen) Berufen gefordert wird. Und diese allgemeine Digitalkompetenz setzt interdisziplinäre Fähigkeiten voraus wie insbesondere Datenbankkenntnisse, Mathematik,

⁸ Ebenda S. 5.

⁹ Ebenda, S. 3-4.

¹⁰ Ralf Lankau, in: Bildung aktuell. Wir machen Schule, 7, 2018, S.10.

Statistik, Datenvisualisierung und Musteranalytik (aus wahrnehmungsphysiologischem Grund), Prozessplanung und Umgang mit Softwarelösungen (Programmiersprache). Ein weiteres Festhalten an einer Vielzahl von Fortbildungen im sozialwissenschaftlichen Bereich und die Konzentration auf das Fachwissen – wie zum Beispiel Recht – führt dazu, dass die Entscheider in der Verwaltung irgendwann mangels personeller Alternativen KI-Lösungen statt anwendergesteuerter Software einsetzen werden, um nach außen hin ›Digitalisierungskompetenz‹ vorzutäuschen. Dann werden die automatisch laufenden Prozesse selbst für die Mitarbeiter der Verwaltung nicht mehr nachvollziehbar bzw. überprüfbar sein. Eine solche ›Blackbox‹ gilt es zu verhindern. In den Verwaltungsberufen sind Veränderungen in Lehrplänen und pädagogischen Konzepten notwendig. In der Finanzverwaltung steigen zum Beispiel die Anforderungen an das digitale Wissen immer weiter (elektronische Kassen, »Smart contracts« etc.). Nichtsdestotrotz dominiert rechtstheoretisches Wissen die Lehrpläne. Es ist notwendig, hier der Vermittlung von Themenfeldern aus den Bereichen Informatik und Mathematik, wie zum Beispiel Statistik, künftig einen größeren Stellenwert einzuräumen. Dies hilft, die Strukturen der eingesetzten Programme besser nachzuvollziehen und die Algorithmen zielorientiert zu verbessern. Dazu ist nach wie vor Fachwissen notwendig, aber auch ein sehr viel stärkeres Verständnis für die dahinterliegenden Prozesse. Gerade im kaufmännischen Bereich wären mehr mathematische Vorbildung und ein breiterer Raum für das Unterrichtsfach Wirtschaft wichtig. Die Schüler sollten auch in Bezug auf ›Digitalisierung‹ in der Schule besser vorbereitet werden.«

Wie wichtig die Veränderungen in diesen Berufen sind, hat auch mittlerweile der BRH festgestellt. Aus Gründen der Steuergerechtigkeit fordert der BRH das BMF auf, bundesweit einheitliche Maßstäbe für »IT-gestützte Prüfungsmethoden in der Betriebsprüfung« (Bemerkungen 2020, Allgemeine Finanzverwaltung, Pkt. 20) zu setzen.

Passungsprobleme (Obfrau Nicole Höchst, Abgeordneter Uwe Schulz, Abgeordneter Uwe Witt)

Die AfD-Fraktion möchte auch das Helfen und Fordern deutlich mehr betonen, gerade aufgrund einer viel zu großen Anzahl von Schulabbrechern und Menschen ohne Berufsabschluss. Die Sinus- und Shell-Jugendstudien geben hier viele nützliche Informationen. Jährlich bleibt eine große Anzahl Jugendlicher ohne Ausbildungsplatz, gleichzeitig bleibt eine steigende Zahl von Ausbildungsplätzen unbesetzt. Die Überbetonung der Digitalisierung ist hier sicher kein Allheilmittel. Die rechtzeitige Berufsberatung und -orientierung muss gerade in dem Bereich der



bisher unentschlossenen Schulabsolventen, die einen Ausbildungsplatz suchen, besser und im Bereich der jungen und erwachsenen Menschen ohne Schulabschluss oder Berufsabschluss gezielter an den Be-

dürfnissen der Betroffenen angepasst werden. Im Bereich der Berufsberatung und Orientierung, zum Beispiel von schwervermittelbaren Personengruppen, bedarf es einer Kombination aus geförderter Ausbildung und gezielter Nachbetreuung, auch um die Quote der Abbrecher signifikant zu reduzieren. Die Attraktivität und Wertschätzung von Arbeit in Ausbildungsberufen muss wieder deutlich gesteigert werden. Eine Ausbildung mit anschließenden Berufsleben muss erstrebenswerter sein als die Aussicht auf eine »Hartz-IV-Karriere«.

Auch auf wichtige Tugenden wird in der Enquete zu wenig aufmerksam gemacht: Pünktlichkeit, Fleiß, Disziplin, Lernbereitschaft, soziales Miteinander,



Gründlichkeit und andere berufsrelevante Haltungen und Einstellungen sind nicht antiquiert, sondern haben zum Erfolg unseres Landes beigetragen und den Markenbegriff »Made in Germany« geprägt.

Die soziale Hängematte darf nicht attraktiver sein als eine Ausbildung und ein guter Job. Die Beratung bei der Bundesagentur für Arbeit sollte hier noch stärker in diese Richtung forciert werden. Nicht nur die Beratung, sondern auch Maßnahmen wie die außerbetriebliche Ausbildung, ausbildungsbegleitende Hilfen und das Einstiegsqualifizierungsjahr sollten ausgebaut und stärker als bisher am Bedarf der Teilnehmer ausgerichtet werden. Für Jugendliche und Erwachsene ohne Schulabschluss und Berufsausbildung ist eine geförderte und begleitete Ausbildung oftmals die letzte Möglichkeit, einen qualifizierten Berufsabschluss zu erreichen.

Auch im Bereich der Weiterbildung gibt es noch viel zu tun: Die Studie: »Monitor Digitale Bildung - Die Weiterbildung im digitalen Zeitalter« (2018) der Bertelsmann-Stiftung untersuchte die Nutzung digitaler Lernangebote nach bestehendem Qualifikationsniveau. Hinsichtlich der Weiterbildungsbeteiligung kam die Studie zum Ergebnis, dass Menschen mit geringerer formaler Bildung und Nichtberufstätige deutlich seltener digital lernen (32 bzw. 28 Prozent) als Erwerbstätige und Akademiker (59 Prozent). Es ist aus diesem Grund wichtig, digitale Lernangebote zielgruppenspezifisch aufzubauen und an die Vorkenntnisse der unterschiedlichsten Personengruppen anzupassen.

Nichtberücksichtigung einiger von der AfD-Bundestagsfraktion vorgeschlagenen Experten und Institutionen (Obfrau Nicole Höchst, Abgeordneter Uwe Schulz)

Eine Anmerkung der AfD-Bundestagsfraktion steht exemplarisch für zum Teil nicht eingeladene Experten oder Institutionen, die die AfD-Fraktion vorgeschlagen hatte. Die Mehrheit, zumeist die Kommissionsmitglieder aus den Fraktionen der Regierungskoalition, gibt hier den Takt vor.

Die AfD-Fraktion bedauert, dass zum Thema »Ausbildungsreife / Berufswahlkompetenz« zur Anhörung der Enquetekommission am 02. November 2020 nicht auch ein ausländischer Experte gehört wird. Unserem Vorschlag, Herrn Prof. Dr. Hirschi von der Universität Bern – Abteilung Arbeits- und Organisationspsychologie – und sein Team zum Thema ein-

zuladen, wurde leider von der Mehrheit nicht entprochen. Zu etlichen Themen der Enquetekommission empfiehlt sich immer wieder der Blick in andere Länder. Dies geschieht teilweise, hier aber leider nicht. Gerade die Schweiz hätte sich angeboten, da das dortige Berufsbildungssystem als sehr fortschrittlich bezeichnet werden darf. Auch die Validierungssysteme zur Anerkennung beruflicher Kompetenzen sind in der Schweiz hoch entwickelt, um nur ein Beispiel zu nennen. Dies zeitigt Erfolg und senkt zum Beispiel die Arbeitslosenquote von Geringqualifizierten. Deutschland hinkt hier hinterher. Die (Beratungs-)Strukturen etablierter Institutionen werden zum Teil in Deutschland als zu sakrosankt und unumstößlich betrachtet. Diese Machtgefüge sollten sich trotz vieler guter Aspekte und vorhandenen Reformwillens, was durchaus anerkannt wird, noch mehr für Neuerungen und Reformen öffnen. Das Verharrungsprinzip ist noch zu groß; so auch in diesem Themenbereich.

Ausbildungsreife (Sachverständiger Helmut Seifen)



Unser Sachverständiger Helmut Seifen sprach sich in mehreren Sitzungen gegen den Vorschlag, den bis-

herigen Kriterienkatalog der »Ausbildungsreife« durch das Konzept der Kompetenzorientierung (Modell der »Berufswahlkompetenz«) zu ersetzen, aus. Da trotz seiner Bedenken eine inhaltsgleiche Handlungsempfehlung in den Berichtstext aufgenommen wurde, kam es zu einem entsprechenden Sondervotum seitens unseres Sachverständigen:

»Mit Blick auf die Herausforderungen einer beruflichen Ausbildung kann man nicht ignorieren, dass die Jugendlichen zur Bewältigung der theoretischen wie der praktischen Anforderungen des jeweiligen Berufes die mit der Ausbildungsreife verbundenen Merkmale vorweisen müssen. Die Zweifel an der Berechtigung solcher Fähigkeiten, Fertigkeiten und Eigenschaften, wie sie mit dem Begriff der Ausbildungsreife erfasst werden, übersehen, dass sie die notwendigen Voraussetzungen für die Bewältigung der Ausbildung sind. Die Beseitigung des Phänomens der Ausbildungsreife beseitigt nicht die Hürden, die zwischen dem Übergang von Schule zur beruflichen Ausbildung stehen. Damit die Jugendlichen die Ausbildungsreife erwerben, müssen Elternhaus und Schule den Jugendlichen die Bedingungen schaffen und bereitstellen, aufgrund derer diese durch eigenen Einsatz und durch eigene Leistung und Anstrengung die Fähigkeiten und Fertigkeiten erwerben, die zu einer Ausbildungsreife gehören.

Im Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland sind umfassende Kriterien zur Ausbildungsreife aufgestellt worden. Die oben ausgeführten Kritikpunkte an der Ausbildungsreife sind nicht stichhaltig und entsprechen nicht einer objektiven Überprüfung. Es wird ein genauer und nachprüfbarer Kriterienkatalog für die Feststellung der Ausbildungsreife, der Berufseignung und der Vermittelbarkeit aufgestellt. An diesem Nationalen Pakt haben mitgearbeitet: die Bundesagentur für Arbeit, der BDI, DIHK, ZDH, BDA, das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung. Daraus kann man den Schluss ziehen, dass diese Kriterien aus einem unerschöpflichen Fundus an Erfahrung heraus generiert worden sind.

Hier wird auch zugrunde gelegt, dass von Seiten des Auszubildenden eine Leistung erbracht werden muss. Der hier im Enquetebericht angeführte Vorschlag der Berufswahlkompetenz blendet das vollkommen aus

und verpflichtet einseitig die Firmen und Betriebe, voraussetzungslos junge Menschen in die Ausbildung zu übernehmen.

Wir unterstützen keine Forderung, die sich leiten lässt von dem Gedanken, dass sich grundsätzlich die Umgebung/Struktur dem Individuum anpassen müsse, dass Auszubildenden keine Akkommodations-, sondern nur Assimilationsleistung erbringen müssen.«

Herr Seifen sieht keinen Anlass, die Kriterien bei der Ausbildungsreife deutlich zu senken oder abzuschaffen. Der schillernde Begriff Kompetenz wird hier als inhaltsloser Platzhalter abgelehnt. Man braucht Akkommodation und Assimilation: Die Betriebe müssen den Jugendlichen entgegenkommen und die Jugendlichen den Betrieben. Jugendliche und Lehrkräfte haben für einen Schulabschluss mit entsprechenden Angaben zur Fähigkeit der Schüler im Zeugnis zu sorgen.

Einkaufsplattformen und Kompetenzzentren (Sachverständiger Prof. Dr. Giezek)



Unser Sachverständiger Herr Prof. Dr. Bernd Giezek zeigte anhand einer Präsentation neue Ansätze im Beschaffungswesen im öffentlichen Dienst (mit Schwer-

punkt Schulen) auf. Seiner Ansicht nach hat eine landes- oder noch besser bundesweite Einkaufsplattform (in Form einer App) deutliche Vorteile gegenüber den aktuellen Strukturen: »Ein zentraler Einkauf – zum Beispiel von digitalen Endgeräten – bringt nachweislich deutliche Kostenvorteile. Darüber hinaus können die damit eingesparten Kosten der Beschaffungskosten genutzt werden, um Kompetenzzentren aufzubauen, die beispielsweise Lehrern jederzeit (24 Stunden an sieben Tagen) zur Verfügung stehen, um inhaltliche Fragen rund um die EDV sofort zu beantworten. Aufgrund der verbesserten Möglichkeiten zum Home-Office bedürfen solche Kompetenzzentren keines festen Standortes und können bereits bestehende Personalstrukturen in den Ländern und Kommunen effizienter nutzen und damit auch den Mitarbeitern flexible Arbeitszeiten ermöglichen. Bekannte Softwarelösungen wie TeamViewer unterstützen diese Vorgehensweise.«

Beschränkungen der Personalauswahl durch zum Beispiel anonymisierte Bewerbungen und Quoten-Reglungen (Sachverständiger Helmut Seifen)

Unser Sachverständiger Helmut Seifen wollte sich nicht dem Teil des Berichtstextes anschließen, der Betrieben bei der Personalauswahl, pauschal diskriminierendes Verhalten vorwarf: »In vielen Unternehmen, insbesondere in klein- und mittelständischen Unternehmen (KMU), werden Personalentscheidungen nicht in standardisierten Auswahlverfahren, sondern »aus dem Bauch heraus« getroffen. Diese Vorgehensweise hat sich in der Praxis bewährt und ist realistisch gesehen auch die einzig sinnvolle, denn nur der Ausbilder selbst kennt die Situation in seinem Unternehmen, die personellen Gegeben- und Besonderheiten. Gerade in KMUs sind Personalentscheidungen in hohem Maße auf das Garantieren eines harmonischen innerbetrieblichen Ablaufs ausgerichtet, ohne dass dahinter eine Diskriminierung versteckt sein muss. Privatpersonen wie auch Unternehmer haben ein Grundrecht auf Wahlfreiheit, Vorlieben, Geschmäcker und dergleichen. Dies ist Ausdruck von subjektiven Präferenzbildungen und muss nicht zwingend etwas mit Diskriminierung zu tun haben. Handlungsempfehlungen, die eine Beschränkung der Personalauswahl (zum Beispiel anonymisierte Bewerbungsverfahren oder Quoten-Reglungen) zum Inhalt haben, lehnen wir

ab, da sie die Vertrags- und Berufsfreiheit in verfassungsrechtlich bedenklichem Ausmaß einschränken und ein Klima des Misstrauens schaffen.« Den Vorschlag, dass der öffentliche Arbeitgeber mit »gutem Beispiel vorangehen« und eine gleichberechtigte Repräsentanz von zum Beispiel Jugendlichen mit Migrationshintergrund einführen könnte, lehnt die AfD-Fraktion ebenfalls ab, da eine Migrationsquote im öffentlichen Dienst gegen das Prinzip der Bestenauslese, welches in Art. 33 Abs. 2 GG niedergeschrieben ist, verstößt.

Produktionsschulen (Sachverständiger Helmut Seifen)

Unser Sachverständiger Helmut Seifen sprach sich gegen eine Prüfung der Verstetigung des Konzeptes »Produktionsschulen« als bundesweites Regelangebot aus: »Die Ausführungen im Berichtstext zur Produktionsschule entsprechen den Plänen zur Förderung von Personen mit Integrationsschwierigkeiten oder mit Motivationsproblemen. Die Wirklichkeit sieht jedoch vollkommen anders aus. Die Produktionsschulen halten leider nicht das, was man sich von ihnen erhoffte. In einigen Produktionsschulen wurde lediglich für die Einrichtung selbst produziert, wodurch die Jugendlichen das Gefühl bekamen etwas zu produzieren, was nicht genutzt bzw. gebraucht wird. Eine solche künstlich geschaffene Situation und Scheintätigkeit vermittelt den Jugendlichen an dieser Stelle die ›Sinnlosigkeit‹ ihres Tuns. Sie merken genau, dass es sich nicht um einen arbeitsmarktorientierten Betrieb, sondern um einen herstellenden Schulbetrieb handelt. Eine Beschäftigung direkt in einem produzierenden Betrieb (Werkstattjahr) ist für das Selbstbewusstsein und die Motivation der Teilnehmer förderlicher. Daher läuft meine Empfehlung auf ein Werkstattjahr hinaus.«

Ausbildungsgarantie und Umlageverfahren

Die AfD-Fraktion lehnt eine gesetzlich verankerte Ausbildungsgarantie sowie ein entsprechendes gesetzlich verankertes Umlageverfahren ab, da hierdurch Betriebe, insbesondere KMU's, zusätzlichen finanziellen und organisatorischen Belastungen ausgesetzt würden.

Neubezeichnung »Bachelor Professional, Master Professional« (Obfrau Nicole Höchst)

Unsere Obfrau Nicole Höchst und die AfD-Fraktion sprachen sich mehrfach gegen eine Neubezeichnung der Berufsabschlüsse aus. Frau Höchst merkte in mehreren Sitzungen der Enquete-Kommission an, dass »durch scheininnovative Bezeichnungen wie ›Bachelor Professional‹ und ›Master Professional‹ bewährte und weltweit angesehene Berufsbezeichnungen wie der Meister verballhornt werden, so dass aufgrund dieser verfehlten Image-Kampagne die Wertschätzung für die berufliche Bildung weiter sinken kann. Handwerksmeister tragen ihre Berufsbezeichnungen mit Stolz. Eine Politik, die die Ausbildungsberufe stärken will, erhält die traditionsträchtigen Berufstitel. Eine Verwässerung durch verwirrende Doppelbezeichnungen sollte unterbleiben. Bisher hoch angesehene und etablierte Fortbildungsbezeichnungen sollten nicht in Frage gestellt und Begriffsverwirrungen vermieden werden.«

Wortwahl »Geflüchtete und Zugewanderte« (Sachverständiger Helmut Seifen)

Unser Sachverständiger Helmut Seifen merkte bei der Erstellung des Berichtstextes mehrfach an, dass im Hinblick auf die Integration von Geflüchteten/Schutzsuchenden in den Ausbildungsmarkt die unterschiedlichen Aufenthaltserlaubnisse von Migranten berücksichtigt werden müssen. Da eine Unterscheidung zwischen (anerkannten) Flüchtlingen, Asylbewerbern, Geduldeten und Ausreisepflichtigen nicht erfolgte, reichte unser Sachverständiger ein entsprechendes Sondervotum ein.

Selektionsprozesse beim Übergang (Sachverständiger Helmut Seifen)

Nach Auffassung unseres Sachverständigen Helmut Seifen werden Menschen beim Übergang von der allgemeinbildenden Schule in das berufliche System nicht selektiert bzw. ausgesondert: »Aufgrund unterschiedlicher Interessen und Begabungen münden Jugendliche nach der Schule in verschiedene Berufswege ein. Das ist für die AfD-Bundestagsfraktion

noch keine Selektion. Selektion ist ein Begriff aus dem Sozialdarwinismus, welcher für die verschiedenen Einmündungsprozesse, die eine Person in unserem System durchmacht, nicht anwendbar ist. Er verfälscht und verleugnet unser System einer humanen Leistungsorientierung. Aus diesem Grund hätten wir uns einen neutraleren passenderen Begriff wie zum Beispiel ›Spreizungsprozesse‹ gewünscht.«

Anglizismen

Die AfD-Fraktion regte an, alle nicht so etablierten Anglizismen zu übersetzen: »Zwar sind viele Anglizismen den Fachexperten bekannt. Aber da auch nicht so versierte Menschen den ein oder anderen Teil des Kommissionsberichtes lesen, sollten nicht so gängige Anglizismen wie zum Beispiel ›Realtime‹, ›MakerSpaces‹ ins Deutsche übersetzt oder zumindest in einem Glossar erklärt werden.«

Finanzierung der Weiterbildung

Die AfD-Fraktion hält betriebliche Weiterbildung für wichtig und sinnvoll, vor allem auch im Hinblick auf die Herausforderungen durch die Digitalisierung. Eine Weiterbildung sollte in erster Linie in den Betrieben passieren, und zwar zur Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit des Arbeitnehmers und der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Einen steuerfinanzierten Rechtsanspruch auf persönliche Weiterbildung, unabhängig von der Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit und den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes, lehnen wir ab. Auch die Einrichtung eines Weiterbildungsfonds sehen wir kritisch, da hierdurch zusätzliche finanzielle und administrative Lasten auf die Unternehmen zukommen. Gegen eine Prüfung der Kosten und Nutzen eines derartigen Fonds erheben wir aber keinen Einspruch. Generell sehen wir die Vermischung der Finanzierung von Weiterbildungsmaßnahmen durch Steuern einerseits und Sozialversicherungsleistungen andererseits kritisch. Leistungen der Sozialversicherungen sind Versicherungsleistungen, die ein bestimmtes Risiko abdecken sollen und auf die ein Rechtsanspruch besteht. Bildung mit dem Ziel der freien Entfaltung der Persönlichkeit ist kein von der Versicherungsgemeinschaft zu tragendes Risiko.

Verwiesen wird auf die Möglichkeit, entsprechende tarifvertragliche Lösungen vorzusehen wie zum Beispiel etwa die Bildungszeit in der Metall- und Elektroindustrie.

Die Einführung einer beitragsfreien Familienversicherung und/oder steuerfinanzierten Unfallversicherung wird abgelehnt. Ausbildungsverhältnisse sind in erster Linie Beschäftigungsverhältnisse, sodass eine Analogie zu Studenten nicht nachvollziehbar ist. Dies gilt auch für die Unfallversicherung, die ja gerade Unfallgefahren im Betrieb absichert.

Die arbeitsmarktpolitischen Instrumente der letzten Zeit zielen in die richtige Richtung. Bevor hier aber weitere Instrumente entwickelt werden, sollte evaluiert werden, ob die bereits bestehenden Instrumente Wirkung entfalten bzw. ob die bereits bestehenden Fördermöglichkeiten überhaupt ausreichend in Anspruch genommen werden.

Die Transformation der Arbeitslosenversicherung in eine Arbeitsversicherung wird abgelehnt. Sie ist auch nicht Teil der nationalen Weiterbildungsstrategie.

Menschen mit geringem Einkommen sollen beim Zugang zu digitaler Infrastruktur unterstützt werden, etwa durch Förderung der Finanzierung von Leihgeräten. Eine im Rahmen des SGB II finanzierte »digitale Grundsicherung«, bei der die öffentliche Hand digitale Endgeräte verschenkt und obendrein noch die Datenkosten übernimmt, muss abgelehnt werden.

VORSCHLÄGE FÜR DIE WEITERE ARBEIT DER ENQUETEKOMMISSION

Die AfD-Bundestagsfraktion regt an, dass sich die Enquete-kommission mit folgenden Themen noch detailliert befasst:

**Obfrau Nicole Höchst,
Abgeordneter Uwe Schulz**

- Erkenntnisse der Wissenschaft (Hirnforschung, Neurobiologie, Psychiatrie und andere) zum Thema Digitalisierung im Bildungswesen
- Der Lernprozess beim Menschen

In den Entwicklungsstufen des Menschen spielt die Anwendung der richtigen Methoden im Lernprozess eine elementare Rolle. Es gibt Kritiker, die sagen, dass sich eine technologische Neuausrichtung im Erziehungswesen anbahnt, eine weitgehende Übernahme des Unterrichtsgeschehens durch computergesteuerte Bildungseinheiten, Programme und dergleichen mit weitreichenden und verheerenden Folgen für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen; auch der Vorwurf steht im Raum, Computer und Algorithmen sollen das Erziehungsgeschehen autonom steuern. Die Gefahr des Einflusses von Unternehmen im Bildungswesen steige, wichtige (menschliche) Bezugsebenen würden verschwinden. Ebenso werden irreversible Schädigungen des Gehirns konstatiert.

Diese Themen wären auch für diese Enquete-kommission von elementarer Wichtigkeit. Nicole Höchst, MdB, und Herr Seifen als Sachverständiger sehen hier großen Handlungsbedarf, um Entwicklungsschäden von Kindern sowie Jugendlichen zu vermeiden.

**Obfrau Nicole Höchst,
Abgeordneter Uwe Schulz**

- Die Übergänge zwischen allgemeinbildenden Schulen, beruflichen Schulen und Betrieben sollten noch genauer analysiert und bewertet werden.

**Obfrau Nicole Höchst,
Abgeordneter Uwe Schulz,
Abgeordneter Uwe Witt**

- Des Weiteren wären Ausführungen und Erläuterungen von Prof. Giezek zum Thema »Warum ist die Finanzverwaltung/Betriebsprüfung ein gutes Beispiel für die Herausforderungen der Digitalisierung in der modernen Arbeitswelt?« wichtig für eine umfassende Sicht der Enquetekommission auf die berufliche Bildung, da die Erkenntnisse aus diesen Tätigkeitsfeldern auf viele Berufsbildungsbereiche übertragbar wären.
- Ebenso sollte das Thema »Lebenslanges Lernen« noch vertieft betrachtet werden.



POSITIONEN UND FORDERUNGEN VERTRETER DER AfD-BUNDESTAGSFRAKTION IN DER ENQUETEKOMMISSION »BERUFLICHE BILDUNG«



Trotz großer Übereinstimmung unter den Fraktionen bei vielen Themenkomplexen gibt es doch auch Einwendungen, Ergänzungen, Kommentierungen und Sondervoten seitens der AfD-Bundestagsfraktion.

Die voranschreitende Digitalisierung wird von uns nicht als Allheilmittel gesehen, sondern als Hilfsmittel, das durchaus kritisch beleuchtet werden muss. Der pädagogisch-methodisch sinnvolle Einsatz digitaler Hilfsmittel ist in vielen Bereichen der beruflichen Bildung wichtig, der versierte Lehrer oder Ausbilder sollte aber stets im Mittelpunkt stehen.

Seine Stellung in der dualen Ausbildung darf nicht auf die eines Lernbegleiters reduziert werden, der nur noch indirekt in das Unterrichtsgeschehen eingreift.

Auch die besondere Unterstützung für Klein- und Kleinstfirmen während des teils schwierigen digitalen Transformationsprozesses liegt uns am Herzen. KMUs gelten als das Rückgrat der dualen Ausbildung. Sie brauchen daher unsere besondere Hilfe, beispielsweise durch Coaching oder steuerliche Vorteile. Generell muss mehr Transparenz beim Thema Fördermittel geschaffen werden.

Die durch die Digitalisierung entstehenden großen Datenmengen müssen transparent gehandhabt werden.

ÄNDERUNGEN DER BUNDESTAGSFRAKTION IN DER DIGITALEN ARBEITSWELT«



Der Anwender darf nicht in einer Blackbox landen, die er nicht mehr versteht. Es muss dringend mehr fächerübergreifendes Wissen vermittelt werden, vor allem in den MINT-Fächern. Weiterhin wichtig bleiben selbstverständlich gefestigte und vertiefte Lese- und Schreibkompetenzen.

Die Übergänge zwischen Schule und Berufsleben müssen besonders kritisch beleuchtet werden. Passungsprobleme, gerade hinsichtlich der Zahl an Geringqualifizierten und Menschen ohne Berufsabschluss, sind ein großes Problem und verursachen erhebliche volks-

wirtschaftliche Schäden. Auch und gerade die Migrationsproblematik darf hier nicht unerwähnt bleiben.

Der Einfluss des digitalen oder digitalisierten Lernens auf die Hirn- sowie Persönlichkeitsentwicklung sollte noch verstärkt thematisiert werden. Dieser wichtige Aspekt wurde bis dato nicht aufgegriffen, obwohl namhafte Wissenschaftler hier vor Fehlentwicklungen und Gefahren warnen.

Reden von Nicole Höchst zum Thema »Beru

Nicole Höchst, MdB
Berufliche Bildung (11.09.2020)



<https://dbtg.tv/fvid/7469379>

Nicole Höchst, MdB
Ausbau des Online-Lernens (02.07.2020)



<https://dbtg.tv/fvid/7455820>

Nicole Höchst, MdB
Ausbildung in der Corona-Krise (29.05.2020)



<https://dbtg.tv/fvid/7448925>

«Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt»

Nicole Höchst, MdB

Vereinbarte Debatte – Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt
(07.11.2019)



<https://dbtg.tv/fvid/7399402>

Nicole Höchst, MdB

Berufliche Bildung (24.10.2019)



<https://dbtg.tv/fvid/7396534>

Nicole Höchst, MdB

Enquetekommission »Berufliche Bildung« (28.06.2018)



<https://dbtg.tv/fvid/7249298>

Informationen zur Arbeit der Enquetekommission »Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt«

Alle Videos der öffentlichen Anhörungen sowie weitere Dokumente finden sich unter:

https://www.bundestag.de/ausschuesse/weitere_gremien/enquete_bb



Auch die AfD-Bundestagsfraktion informiert auf ihrer Webseite über die Enquetekommission:

<https://www.afdbundestag.de/arbeitskreise/enquete-berufliche-bildung/>



Abgeordnete der AfD-Bundestagsfraktion in der Enquetekommission »Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt«



Obfrau Nicole Höchst

Mitglied des Deutschen Bundestages

Telefon: (+49) (30) 227-74171

E-Mail: nicole.hoechst@bundestag.de



Uwe Schulz

Mitglied des Deutschen Bundestages

Telefon: (+49) (30) 227-78242

E-Mail: uwe.schulz@bundestag.de



Uwe Witt

Mitglied des Deutschen Bundestages

Telefon: (+49) (30) 227-78208

E-Mail: uwe.witt@bundestag.de



Tobias Peterka

Mitglied des Deutschen Bundestages

Telefon: (+49) (30) 227-78130

E-Mail: tobias.peterka@bundestag.de

Von der AfD-Bundestagsfraktion als Sachverständige in die Enquetekommission »Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt« berufene Experten



Prof. Dr. Bernd Giezek

SpeedRepeat GmbH & Co. KG

Grünberger Straße 140

35394 Gießen

bernd@SpeedRepeat.de

www.SpeedRepeat.de



Helmut Seifen, MdL

Vorsitzender des Wissenschaftsausschusses im Landtag Nordrhein-Westfalen;

Wissenschaftspolitischer, schul- und bildungspolitischer Sprecher der

AfD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen

Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf

Telefon: 0211 884 4519 | E-Mail: Helmut.Seifen@landtag.nrw.de



Folgen Sie uns

 [AfDBundestag.de](https://www.afdbundestag.de)

 fb.com/AfDimBundestag

 [@AfDimBundestag](https://twitter.com/AfDimBundestag)

 [youtube.com/
AfDFraktionimBundestag](https://youtube.com/AfDFraktionimBundestag)

Herausgeber:
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
vertreten durch den Fraktionsvorstand

Kontakt:
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Arbeitskreis Enquete-Kommission »Berufliche Bildung«
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 57141
Telefax: 030 227 56349
E-Mail: buerger@afdbundestag.de

Herstellung und Redaktion:
Fraktionsverwaltung, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis: AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag; Smartphone – Adobe Stock / © Hand Robot

Stand: Juli 2021

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Parteierwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.